



# Der Preis ist heiss, wenn es um Beschaffungen geht

Nicht nur der Preis soll bei öffentlichen Beschaffungen als Auswahlkriterium im Zentrum stehen, sondern auch andere Aspekte wie Wirtschaftlichkeit, Regionalität und Nachhaltigkeit, fordert die KMU-Wirtschaft.

Bund, Kantone und Gemeinden beschaffen jährlich Güter und Dienstleistungen im Umfang von rund 40 Milliarden Franken, wie die Studie «Potenzial einer ökologischen öffentlichen Beschaffung in der Schweiz» von INFRAS aufzeigt. Während privatwirtschaftliche Institutionen in ihren Beschaffungen grundsätzlich frei sind, unterliegen öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Gemeinden, Städte, Kantone und der Bund den spezifischen Regelungen des öffentlichen

Beschaffungsrechts. Dies gilt trotz Anpassungen und Verbesserungen in den letzten Jahren nach wie vor als kompliziert und komplex. Die Revision des Beschaffungsrechts will die Beschaffungsregeln vereinheitlichen. Heute hat jeder Kanton seine eigene Vergabegesetzgebung. Der Bund orientiert sich am Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB). Hinzu kommen kommunale Submissionserlasse. «Diese verschiedenen Regelungen machen das

Beschaffungswesen unübersichtlich und vor allem für KMU zur Herausforderung», kritisiert Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) und FDP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der sgv unterstützt die Bestrebungen, das «komplizierte und aufwendige» Beschaffungsrecht zu harmonisieren. Dazu fordert er eine generelle Vereinfachung. «Wir machen uns für möglichst einfache, verständliche Verfahren stark», sagt Hans-Ulrich Bigler.



Das Beschaffungsrecht wurde zugunsten der heimischen KMU-Wirtschaft angepasst: Wenn eine Firma Lehrlinge ausbildet, ist dies ein Kriterium für Nachhaltigkeit. Nach wie vor gilt aber der Preis noch immer als einer der wichtigsten Entscheidungsfaktoren im Vergabeprozess. Bild: Shutterstock

Der sgV erwarte von der angestrebten Harmonisierung der Verfahrensvorschriften einen abnehmenden administrativen und personellen Aufwand. Auch die Dokumentationspflicht soll möglichst klein gehalten werden.

### «Das günstigste Angebot ist nicht immer das billigste»

Zu den zentralen Forderungen vonseiten der KMU-Wirtschaft gehören laut Hans-Ulrich Bigler der wirtschaftliche Einsatz der öffentlichen Mittel unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, Transparenz im Beschaffungsverfahren, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung der Anbieter und Förderung des wirksamen Wettbewerbs. «Das günstigste Angebot ist nicht immer das billigste», gibt Hans-Ulrich Bigler zu bedenken und fordert, dass zur Beurteilung weitere Kriterien wie etwa Termin, Qualität, Wirtschaftlichkeit, Betriebskosten, Kundendienst, Umweltverträglichkeit, technischer Wert und die Ausbildung von

Lernenden in der beruflichen Grundbildung hinzugezogen werden. «Besonders im freihändigen Verfahren sollen, wenn immer möglich, auch lokale und regionale Anbieter berücksichtigt werden», ergänzt Hans-Ulrich Bigler.

### Lehrlingsausbildung als Kriterium

Einige Erfolge in diese Richtung konnten bereits erzielt werden: So ist zum Beispiel am 1. April 2015 das Vergabekriterium des Lehrlingswesens ins Bun-

desgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen aufgenommen worden. Neu wird bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt, ob ein Unternehmen Lernende ausbildet. Der Kanton Zürich hat nachgezogen. Der Kantonsrat hat im Januar 2017 eine entsprechende Norm ins Gesetz über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen aufgenommen. Eine weitere Forderung des sgV war, sicherzustellen, dass nationale



«Wir machen uns für einfache, verständliche Verfahren stark.»

**Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband**

Ausschreibungen in allen Landessprachen erfolgen. Das Parlament hat diverse Vorstösse bezüglich der Verfahrenssprachen gutgeheissen. Auf Bundesebene legte zum Beispiel armasuisse gemäss einer Meldung des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) 2015 bei der Ausschreibung zur Herstellung von Zivi-Kleidern grossen Wert auf ökologische Aspekte. Die Uniformen müssen höheren Sozial- und Umweltstandards genügen, unter anderem den Kriterien des Global Organic Textile Standard (GOTS) und des Oeko-Tex-Standards 100 Plus, die sich nicht nur auf das Produkt selbst, sondern auch auf den Herstellungsprozess beziehen. Den Produktionsauftrag erhielt ein Unternehmen mit Sitz in der Schweiz. Weiter trägt das Beschaffungsrecht des Bundes der Schweizer KMU-Wirtschaft Rechnung, indem Bietergemeinschaften bei öffentlichen Ausschreibungen grund-

und aufgrund der notwendigen Rekursfristen langwierig. Andererseits zeigten sich auch Diskrepanzen zwischen den juristischen Vorgaben und deren Umsetzung in der Praxis. Die Beschaffungsverantwortlichen auf Gemeindeebene beklagen denn auch die Komplexität der gesetzlichen Vorgaben und wünschen sich verstärkt Unterstützung seitens Bund und Kantone. Deshalb unterstützen der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband laut Alex Bukowiecki, Geschäftsführer der Organisation Kommunale Infrastruktur, die laufende Revision des Beschaffungsrechts des Bundes und die Harmonisierung der Erlasse der Kantone. «Wenn die Harmonisierung gelingt, kann die Beschaffung auch für die Städte und Gemeinden effizienter werden.»

mit dem günstigsten Angebot zu erteilen. «Trotz der Berücksichtigung anderer Kriterien können solche Tieffliegerangebote nicht verdrängt werden. Folglich steigt bei den Unternehmen der Effizienzdruck in einen ungesunden Bereich», so Alex Bukowiecki. Als Folge davon litten die Qualität und ebenso das Image einer ganzen Branche. Nicht selten komme es gerade bei komplexen Ingenieurprojekten zu langwierigen Nachverhandlungen. Dies könne weder im Interesse der kommunalen Bauherren noch der Unternehmen sein.

### Ökologisch sinnvoll

Der Umstieg von einer konventionellen zu einer ökologischen öffentlichen Beschaffung hat beträchtliche Treibhausgas-Einsparpotenziale zur Folge, dies hat die INFRAS-Studie ergeben. Je nach Produktgruppe liegen Treibhausgas-Einsparpotenziale von zwei bis 85 Prozent drin. Die grössten ökologischen Potenziale bieten sich laut der Studie in den Produktgruppen Strom, Papier, Textilien, Nahrungsmittel, Deckenlampen und Strassenleuchten. Mittlere bis niedere Treibhausgas-Einsparpotenziale wurden namentlich für Fahrzeuge, Kühlschränke, Drucker und Computer ermittelt. «Die öffentliche Hand kann in der öffentlichen Beschaffung ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und aufgrund des beträchtlichen Umfangs der öffentlichen Beschaffung aktiv auf ökologische Anforderungen hinwirken», betonen die Autorinnen und Autoren der INFRAS-Studie. Wie Alex Bukowiecki erklärt, gibt es für die Städte und Gemeinden durchaus Eignungs- und Zuschlagskriterien, die zugunsten der Nachhaltigkeit angewandt werden können. So bestehe etwa im Bereich Bauen mit Holz die Möglichkeit, Aufträge so auszuschreiben, dass das Bauholz aus gemeindeeigenem Wald geliefert wird. «Wichtig ist, dass die Nachhaltigkeitskriterien genauso klar und messbar in den Ausschreibungsunterlagen stehen wie zum Beispiel die Gewichtung des Preises.»

*Fabrice Müller*



«Oft wird das Kriterium «Preis» bei Vergaben zu stark gewichtet.»

**Alex Bukowiecki, Geschäftsführer der Organisation Kommunale Infrastruktur**

sätzlich zugelassen sind. Zudem können die Beschaffungsstellen auch grössere Beschaffungen in einzelne Lose aufteilen – etwa in unterschiedliche Arbeitsgattungen. Im Rahmen der laufenden Revision des Bundesbeschaffungsrechts soll die Nachhaltigkeit neu explizit im Zweckartikel in ihren drei Dimensionen Wirtschaftlichkeit, Umwelt und Gesellschaft aufgenommen werden.

### Aufwendig und komplex

Wo drückt der Schuh in der öffentlichen Beschaffung? Unter diesem Motto veröffentlichte das Institut für Systemisches Management und Public Government der Universität St. Gallen im April 2016 eine Studie. Sie zeigte mehrere Problemfelder im öffentlichen Beschaffungswesen auf. Dazu gehört unter anderem der grosse Aufwand, mit dem die Submissionsverfahren gemäss der Studie verbunden sind. Einerseits werde viel projektbezogenes Fachwissen benötigt, das vielfach mittels verwaltungsexterner Experten eingekauft werden müsse. Zudem sei die Gestaltung und Durchführung der Ausschreibungen zeitintensiv

### Zu starkes Gewicht für das Kriterium «Preis»

Gemeinden begrüssen offenbar bei der Auswahl der Unternehmen die Bevorzugung regionaler Anbieter, kritisieren jedoch, dass die gesetzlichen Vorgaben dieses Ziel zu verhindern suchen. Auch die Fokussierung bei den Auswahlkriterien auf Aspekte wie Wirtschaftlichkeit, Soziales oder Ökologie werde begrüsst, lasse sich aber aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht immer umsetzen. «Oft wird das Kriterium «Preis» zu stark gewichtet. Bei sehr standardisierten Produkten ist das zwar absolut richtig, je komplexer ein Produkt oder eine Dienstleistung wird, desto weniger sollte der Beschaffungspreis gewichtet werden», findet Alex Bukowiecki. Denn: «Zu billige Beschaffungen können über den ganzen Lebenszyklus höhere Betriebs- und Unterhaltskosten generieren.» Sorge bereite den Städten und Gemeinden auch die Tiefpreisstrategie einzelner Bewerber, insbesondere im Bereich der Ingenieurleistungen. Die Auftraggeber seien durch die Ausschreibungskriterien meist gezwungen, den Zuschlag dem Anbieter

### Infos:

[www.sgv-usam.ch](http://www.sgv-usam.ch)  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
[www.kommunale-infrastruktur.ch](http://www.kommunale-infrastruktur.ch)  
[www.kompass-nachhaltigkeit.ch](http://www.kompass-nachhaltigkeit.ch)  
[www.kbob.admin.ch](http://www.kbob.admin.ch)  
[www.infras.ch](http://www.infras.ch)  
[www.imp.unisg.ch](http://www.imp.unisg.ch)